

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweitzer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Schwarzenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpennige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strasbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 15. December.

Der Fortbestand des belgischen Staates sollte durch die auf dem Londoner Congresse ausgemachte Neutralität gesichert werden. Vor zwanzig Jahren schrieb Professor Arendt ein dickes Buch, um zu erhärten, daß Belgien auf dieser Neutralität fest und sicher ruhe. Leopold war klüger, er sah ein, daß Belgien seine Existenz nur der Eifersucht der Großmächte verdankt, und daß diese sich an das nicht binden werden, was sie vor dem bestimmten, wenn die Verhältnisse einer dieser Großmächte die Annexion des Landes möglich machen sollten. So lange Ludwig Philipp auf dem französischen Thron saß, war Belgien gesichert; seit Napoleon gebietet, ist Belgiens Lage eine andere geworden. Leopold suchte nun den Staat zu sichern durch rege Theilnahme an den politischen Verhandlungen und durch Verbindungen nach allen Seiten. Er selbst leitete das Aeußere ganz allein; der Minister des Auswärtigen (vermalen der alte Rogier) war bloß sein Comité, Expedient der königlichen Beschlüsse. Noch kurz vor seinem Tode hatte er trotz seines Alters und leidenden Zustandes, die Absicht nach Compiègne zu Napoleon zu reisen. Ein deutliches Anzeichen dafür, daß er Belgiens Bestand für schwer bedroht hielt.

Sodann ließ der König Antwerpen stark besetzen. Das feste Antwerpen sollte der Anker des belgischen Staatsschiffes sein. Würde das Land von den Franzosen überherrscht, gegen welche das belgische Heer das Feld ja nicht halten könnte, so wäre Antwerpen dessen sicheres Lager, bis England, auf das man am meisten rechnet, und Deutschland, um das Leopold sich freilich nicht verdient gemacht hat, Hilfe brächten. Aber England hätte keine Heere, und sobald sich Preußen mit Frankreich verständiget, wären die Würfel geworfen. Alsdann könnte nur die einmüthige, großartige Entfaltung der inneren Kraft (wenn eine solche vorhanden ist) den Untergang aufhalten und vielleicht, indem ihr Widerstand weitere Verwicklungen hervorruft, noch abwenden. Um die Selbstständigkeit Belgiens zu unterstützen, wurde allerdings eine sogenannte „belgische Nationalität“ aufgepufft und viel Gerede von ihr gemacht. Diese ist aber nur ein künstliches Gewächs. Es giebt in Wahrheit kein belgisches Volksthum und diese neu-modische „belgische Nationalität“ wird demzufolge in Sturm und Drang nicht widerhalten. Das einzige Richtige wäre gewesen mit Verzicht auf eine Neutralität, die nur so lange gelten wird als die Mächtigeren sie gelten lassen wollen, den Eintritt in den deutschen Bund unter gleichzeitiger Wahrung der Landesfreiheiten zu erstreben. Wäre Belgien deutscher Staat, so würde ein Uebereinkommen Preußens mit Frankreich die übrigen deutschen Staaten in einer ganz anderen Weise

angehen. Sie würden sich Belgien um ihrer selbstwillen annehmen müssen.

So beschaffen ist die allgemeine Lage. Werfen wir noch einen Blick auf die augenblicklichen Verhältnisse. Am Ruder ist ein liberales Ministerium, was ein großer Vortheil gewesen wäre, wenn Leopold es nicht gelähmt hätte. Frère-Orban, der Hauptminister, ist ein ehrlicher und talentvoller Mann, lähn und in seinen Meinungen hartnäckig, aber der alte Leopold hat ihn doch zu dämpfen gewußt. Frère-Orban's Wille war halb gelähmt, auch besitz er nicht die Klarheit und Stärke, welche die Umstände erheischten. Wie wären diese Eigenschaften von dem wohlwollenden Vandenpeereboom, dem Minister des Innern, und den übrigen Ministern zu erwarten?

Der Herzog von Brabant, der Nachfolger Leopold's, ist ein guter Mann, aber steht an Schärfe der Einsicht und Willensstärke dem Vater nach und ist überdies körperlich gebrochen. Voraussichtliche Politiker sind der Ansicht, daß auch ohne Verbindungen zwischen Preußen und Frankreich früher oder später des Staates Ende eintreten dürfte. Die Parteien werden sich eines Tages mit verdoppelter Stärke regen.

Seit Frankreich allgemeines Wahlrecht hat, ist dieses für Belgien unausweichliche Nothwendigkeit. Die Jungliberalen fordern es, die Arbeiter wollen es, ein Bruchtheil der Clerikalen (De Decker, Dumortier) ist gleichfalls dafür. Frère-Orban würde es eingeräumt haben, aber König Leopold war, die Abneigung der deutschen Fürsten, seiner Vettern, theilend, dawider, und verweigerte es mit äußerster Hartnäckigkeit. Darüber mußte Erbitterung um sich greifen. Französische Agenten gehen schon in den Kneipen umher und weisen darauf hin, daß die Franzosen allgemeines Wahlrecht besitzen, und predigen für Frankreich und finden offene Ohren!

Deutschland.

* Berlin, 15 Dec. [Der jüngste drohende internationaler Conflict,] bezüglich der Botschafter-Angelegenheit, ist also glücklich beseitigt und die „Kreuztzg.“ hat es, dem Correspondenten der „Köln. Ztg.“ zu Hilfe kommend, wie sie sagt: „zur Beruhigung demokratischer Patrioten“, übernommen, den Säule des Geheimnisses zu lästen. Wie edel von ihr, daß sie sich beeilt, die, (nach der Meinung der „Kreuztzg.“) in einem Irrthum befangene Presse aufzuklären! Sie sagt nämlich in ihrer heutigen Nummer ganz ernsthaft:

Die von uns nach der „Voss. Ztg.“ erwähnte Angelegenheit der Botschafter wird von einem Theil der Presse mit sichtlichem Gefallen als ein vermeintlicher Gegenstand des Conflicts behandelt. So weit unsere Kenntniß reicht, wird dieselbe in den betheiligten Kreisen nicht einmal als ein Etiquettenstreit, sondern lediglich als eine Etiquettenfrage behandelt. Zur Beruhigung demokratischer „Patrioten“ dürfte vielleicht dienen, daß der französische Botschafter dem Feste bei Sr. K. S. dem Prinzen Albrecht wieder beigewohnt hat, der Englische

aber aus Rücksichten für den Tod des Königs der Belgier weggeblieben ist.

Also nicht einmal „Etiquettenstreit“ sondern lediglich „Etiquettenfrage“. Wo aber die Grenzschiede zwischen beiden liegen soll, das ist wohl eine Frage, über welche sich streiten läßt. So viel dürfte indeß gewiß sein, daß schon häufig eine Etiquettenfrage Anlaß zum Streit gegeben und ein Etiquettenstreit sich stets um eine Etiquettenfrage gedreht hat. Doch sei dem wie ihm wolle: Etiquettenstreit oder Etiquettenfrage, beide sind als beseitigt und der Friede Europas ist vorläufig als gesichert anzusehen.

Aber auch der diplomatisirende = Correspondent der „Köln. Ztg.“ hat, so weit er es vermochte, seine Schuldigkeit gethan, was uns gestern im Drange der Geschäfte entging und wir erst heute nachträglich gewahr wurden. Er schreibt über das „Ereigniß“:

Die Nachricht scheint richtig. Die Botschafter sollen, wie man hört, sich auf das Präcedens der Königsberger Krönung berufen, wo die damaligen Botschafter von jener Tafel nicht ausgeschlossen waren, und außerdem hervorheben, daß hier in Berlin unter den 18 hohen Personen, welche die Tafel bildeten, sich auch der Prinz August von Württemberg, der Fürst und der Prinz zu Hohenzollern, sowie der Erbprinz von Sachsen-Meinungen befänden, die Botschafter aber den Vorrang vor diesen vier Mitgliedern hätten. So wird erzählt. Welche Argumente etwa von der anderen Seite geltend gemacht werden, ist uns nicht bekannt und man muß die nähere Erörterung denjenigen überlassen, die sich dafür interessieren und in derartige Fragen der Etiquette eingeweicht sind.

Nach der Aufklärung der „Kreuztzg.“ ist wohl kein Grund mehr zu weiteren Besorgnissen vorhanden.

[Ueber die Alpenbahn] schreibt die „Provincial-Correspondenz“:

Das Maß der Theilnahme Preußens wird allerdings davon abhängen, welche unter den verschiedenen in Vorschlag gebrachten Eisenbahn-Linien vorzugsweise Aussicht auf Verwirklichung erhält. Für die preussischen Interessen wird, wie fast alleseitig anerkannt ist, die Verbindung durch den St. Gotthardt die vortheilhafteste sein, während die Bahn durch den Lufmanier allerdings dem Interesse eines Theiles unserer bälischen Provinzen, nicht aber ebensolche dem der erheblich betheiligten westlichen Provinzen entsprechen, die Linie über den Späßen dagegen unseren Interessen durchaus unwiderstehen würde.

[Der Sechszunddreißiger-Ausschuß und der Nationalvereins-Vorstand] haben sich am 11. d. M. in Frankfurt versammelt; Weiteres ist dabei nicht vorgekommen.

[Preussische Presch-Schicksale.] Verurtheilt ist zu Raumburg in zweiter Instanz der Herausgeber der „Raumburger Zeitung“ wegen einiger Artikel über das Abgeordnetenwahl-Job. Jacoby's Verurtheilung, — es ist die erste Preussische Zeitung, welche ob diesem Thema angeklagt wurde — u. s. w. Die erste Instanz hatte zu zehn Thaler Geldbuße verurtheilt, das Appellationsgericht erkannte auf fünfzig.

* Wien, 12. Dec. [Ungarische Thronrede. Erste Deputirten-Kammer-Sitzung. Die ungarische Presse.] Aus Ofen wird telegraphirt:

Die Eröffnung des Ungarischen Landtages hat soeben in der hiesigen Königsburg durch den Kaiser in Person stattgefunden.

Die Thronrede, welche vom Kaiser verlesen wurde, enthält nach vorangeschickter Begrüßung der versammelten Landtagsmitglieder im Wesentlichen Folgendes: Sie drückt den Wunsch des Kaisers aus, die Hindernisse des Ausgleiches zu beseitigen, welche bisher hauptsächlich durch die Verschiedenheit der Ausgangspunkte (die Doktrinen der Rechtsverwirklichung auf der einen und der starren Rechtskontinuität auf der andern Seite) entstanden wären. Der Kaiser nehme nun die pragmatische Sanction als Ausgangspunkt, welche sowohl die autonome Rechtsgestaltung Ungarns, als auch den untrennbaren Verband aller Länder der Monarchie gewährleiste.

Im Sinne der pragmatischen Sanction, fährt die Thronrede fort, sei nun vor allem das gegenseitige Verhältnis der Länder der Ungarischen Krone zu regeln. Daher sei der Siebenbürgische Landtag einberufen, um das Unions-Gesetz zu revidiren, gleichwie auch der Ungarische Landtag aufgefördert wurde, den diesbezüglichen Gesetzentwurf vom Jahre 1848 einer gründlichen Erwägung zu unterziehen.

Hinsichtlich Kroatiens wird unter Hinweisung auf das, in dem Eröffnungs-Rescripte an den kroatischen Landtag in Bezug auf Ungarn Gesagte, der Wunsch ausgesprochen, die Frage der Vereinbarung über das Rechtsverhältnis mit Ungarn, im Einvernehmen der beiden Landtage einer geordneten Lösung entgegenzuführen.

In erster Linie müsse jedoch auf die Behandlung der allen Ländern gemeinsamen Angelegenheiten ein besonderes Gewicht gelegt werden, deren Existenz schon in der pragmatischen Sanction begründet sei, deren Behandlungsart aber bei den geänderten Verhältnissen, so wie auch aus der Rücksicht dernalen eine neue Gestaltung erbeische, weil mittlerweile auch den übrigen Ländern des Reiches verfassungsmäßige Rechte gewährt worden.

Diese gemeinsamen Angelegenheiten seien im Oktoberdiplom bezeichnet, und die gemeinsame verfassungsmäßige Behandlung derselben sei auch jetzt ein unabweisbares Erforderniß des einheitlichen Bestandes und der Machtstellung des Reiches, dem jede andere Rücksicht untergeordnet werden müsse.

Für die Form dieser Behandlung sei durch das Februarpatent eine Modalität vorgesehnt worden; nachdem jedoch dieselbe vielseitige Bedenken wachgerufen habe und Se. Maj. nur eine auf vielseitiger Erkenntnis der Nothwendigkeit ruhende Vereinbarung wünsche, sei das diesfällige Statut mit dem Septemberpatente sistirt worden. Sowohl das Oktoberdiplom als auch das Februarpatent werden nun dem ungarischen Landtage zur Prüfung und Annahme mit dem Bemerken vorgelegt, daß im Falle sich derselbe gedrungen fühlen sollte, Modifikationen vorzuschlagen, dies in einer Weise geschehen möge, welche den Lebensbedingungen des Reiches entspreche.

In enger Verbindung hiermit stehe die Revision eines Theiles der 18ger Gesetze, deren formelle Gültigkeit zwar nicht beanstandet werde, deren Ausführung und Bewahrung jedoch nicht erfolgen könne, in so lange dieselben der nachtheiligen Bestimmungen nicht entkleidet seien.

Nach Beseitigung dieser Schwierigkeiten könne die Ausfertigung des Inauguraldiplomes erfolgen, und nach vollzogener Krönung würden dem Landtage noch weitere das Wohl des Landes berührende Propositionen vorgelegt werden.

Der Kaiser erklärte hiernach unter Hindeutung auf die schwere Verantwortlichkeit, welche mit der Lösung dieser Aufgabe verbunden sei, den Landtag für eröffnet, und richtete noch einige Worte des Vertrauens an die versammelten Mitglieder des Landtages, in der Hoffnung, daß das begonnene Werk mit Gottes Hilfe einem geüblichen Ende zugeführt werden möge.

Die Thronrede wurde an 26 Stellen durch Eisenstühle unterbrochen. An 4 Stellen hörte man minutenlanges Eisenrufen!

Nach einem Pesther Telegramm über die erste Sitzung der Deputirten-Kammer, wandte sich in derselben der Alterspräsident mit vertrauensvollen Worten an die Versammlung. Der Landtag könne mit Ruhe an die Arbeit gehen, weil er nicht mit Besprechungen, sondern mit Thatfachen rechnen könne. Solche seien die Berufung des Landtags nach dem Wahlgesetz von 1848, die Einberufung des Siebenbürgischen Landtages, die an die Croaten ergangene Aufforderung zum Anschluß an Ungarn. Der Redner fordert die Landtagsabgeordneten zur Nachahmung der Ahnen auf, die in kritischen Zeiten den richtigen Ausweg fanden und sich unabwieslichen Thatfachen zu fügen wußten (Beifall). — Nächste Sitzung Sonnabend.

Nach einem weiteren Telegramm aus Pest, constatirten sämtliche dortige Blätter den dem Kaiser Seitens der Ungarischen Bevölkerung gewordenen enthusiastischen Empfang. „Den“ sagt: „Der schönste Gruß wäre, wenn die Repräsentanten dem

Könige sagen würden: Seit dem Tage Ihrer Ankunft giebt es in Ungarn keine Parteien mehr.“ „Magyar Bilag“ bezweifelt die Fusion der Parteien.

Ausland.

* Paris, 13. Dec. [Tagesbericht.] Dem Depeschenaustausche und Briefwechsel zwischen dem Tuilerien- und belgischen Hofe dürfte, unbefangen betrachtet, eine ernstere politische Tragweite nicht beizumessen sein. Er enthält einfach, was in solchen Fällen die Schicklichkeit erbeischt, ist ein collegiales Condolenzschreiben, von dem dabei üblichen Wünschen und Versicherungen begleitet. Den Annexionsbesürchtungen tritt die heutige „France“ entgegen, indem sie schreibt:

Am französischen Hofe herrscht eine ernste, würdige Trauer um den einzigen belgischen Monarchen; der Kaiser sammelt fernere Kohlen auf das Haupt der Furchtamen, die seit fünfzehn Jahren ihn als die geballte Faust hinstellten: Das belgische Volk findet in dem Augenblicke, wo es eine so schwere Prüfung erleidet, zum Trost in seinem Weib und zur Stütze seiner Hoffnungen diese hochherzige und mächtige Hand, die ihm als die Gefahr für seine Unabhängigkeit bezeichnet worden; und so schwindet eines jener Vorurtheile, das auf Europa's Zukunft finstere Schatten warf. Den zweiten Leopold schätzen nicht die Kanonen der antwerpener Festung, sondern das Nationalgefühl, das um diesen Satz sich kund gab und das in Europa wie in Frankreich in Ehren gehalten ist.

Belgien, was willst du noch mehr? Daß aber die Versicherungen der „France“ der „Politik der freien Hand“ des Kaisers kein Hinderniß bereiten dürften, bedarf wohl kaum einer Erwähnung. Jedoch scheint allerdings: „Friede, Friede bis zur Anstellung des Jahres 1867“ die ausgegebene Parole zu sein. — Am Samstag scheidet der Hof von Compiegne nach den Tuilerieen über. — Der König und die Königin von Portugal dagegen werden am 16. der Reichsfest in Brüssel einwohnen. — Der belgische Gesandte in Paris ist vom Kaiser in Privat-Audienz empfangen worden; er reist morgen nach Brüssel. — Auch der mexicanische Gesandte, der morgen nach Mexico sich in St. Nazaire einschiffet, hatte eine Privat-Audienz in Compiegne. — Die „Epoque“ erzählt vom Herzog von Brabant, der „ganz niedergeschlagen“ sei, er habe „als erstes Willenszeichen“ nach seines Vaters Tode das „Sire“, womit Höflinge ihn begrüßt, sich verboten, die ganze Schloßdienerschaft zusammenzurufen und ihr bedeuten lassen, „daß, bis er den Thron bestiegen, er erwarte, daß man ihm keinen anderen Titel gebe, als den Herzogstitel, den er bis jetzt geführt.“ — Der Herzog von Bassano wird den Kaiser der Franzosen bei dem Begräbniß in Brüssel vertreten. — Aus Florenz wird telegraphirt:

Laut dem in der Deputirten-Kammer vorgelegten finanziellen Bericht ist das Deficit für das Jahr 1865 mit dem gelegentlich der Anleihe vorgelegenen fast identisch. Das Deficit für das Jahr 1866 beträgt 265 Millionen. Nach der Erklärung des Finanzministers ist die Reducirung dieses Deficits auf 100 Millionen unabwiesbar notwendig. Er schlägt daher vor, dieses Resultat durch folgende Maßnahmen zu erreichen: Fernere Ersparnisse, 30 Millionen; Erhöhung der Einkommen- und Stempelsteuer, 20 Millionen; Fenster- und Tabaksteuer, 25 Millionen; Maßsteuer, 100 Millionen. Der Minister will keine Erhöhung der Steuern auf das bewegliche Vermögen, sondern das System der Einschätzung und die Abschaffung der Zuschlagentimes; er schlägt endlich vor, die Regierung solle die Acciseerinnahmen den Communen überlassen. — Chiaves übernimmt das Ministerium des Innern. Ratoji, welcher dasselbe bis jetzt interimistisch verwaltete, bleibt Minister des öffentlichen Unterrichts.

Ein Telegramm aus Wien besagt, daß die „Generalkorrespondenz aus Oesterreich“ die Zeitungsnachrichten über weitere Sendungen Oesterreichischer Soldaten nach Mexiko als tendenziöse Erfindungen bezeichnet und den Thatbestand in folgender Weise darstellt. Das Wahre an der Sache beschränke sich darauf, es seien Verhandlungen darüber im Zuge, daß den Leuten, welche ihrer Heerespflicht in Oesterreich vollkommen genügt hätten, gestattet werde, sich für Mexiko anwerben zu lassen. Der Zweck dieser Werbungen sei der, Ersatz zu bieten für die Abgänge des in Mexiko dienenden Oesterreichischen Freiwilligen-Corps. Die Gesamtzahl der neuen Werbungen würde 2000 Mann jährlich nicht übersteigen. — Nach einigen interesselosen Bemerkun-

gen über die inneren Angelegenheiten Oesterreichs und Schwedens wendet sich der heutige „Moniteur“ Spanien zu. Er findet, daß die letzten Wahlen höchst günstig für die dortige Regierung ausgefallen sind, die sich nun ohne die geringste Besorgniß den schon in Angriff genommenen wichtigen Reformen und der Verbesserung der Finanzen überlassen könne. Wenn der Moniteur auch die Wünsche der französischen Regierung in dieser Beziehung ausdrückt, so giebt er jedenfalls nicht die Wahrheit wieder, in so fern es sich um das handelt, was man höchsten Ortes eigentlich in Betreff Spaniens glaubt. — Was die chilenisch-spanische Angelegenheit anbelangt, so soll Spanien bereit sein, die englisch-französische Vermittlung anzunehmen. Wenn, so fügt er hinzu, die chilenische Regierung von den nämlichen Gefühlen bejeelt sei, so würden die Agenten der beiden Mächte in Santiago die Rolle der Vermittler mit Nutzen spielen können. Am Schluß seiner Rundschau bespricht das amtliche Blatt den Krieg im Süden Amerika's. Es hofft auf baldigen Frieden, indem es schreibt:

Den neuesten Nachrichten aus den La Plata-Staaten zufolge, sollen die Meinungen über die Folgen des in den dortigen Gegenden sich fortsetzenden Kampfes getheilt sein und es sollen friedfertige Ideen sich kundgeben. Die drei verbündeten Länder sollen sich verpflichtet haben, mit dem Präsidenten Lopez sich in keine Unterhandlungen einzulassen; indessen scheint der Krieg doch nicht mehr mit demselben Feuer betrieben zu werden, welches die Waffenehre der Verbündeten außer Frage gestellt hat. Daber hält man ein friedliches Uebereinkommen für möglich, welches, den Interessen der drei Mächte alle Rechnung tragend, doch gehalten könnte, daß der General Lopez an der Spitze der Republik Paraguay verbleibe.

Ueber Schofield und seine Mission sagt das amtliche Blatt nicht das Geringste, wie es auch das amerikanische Bankett, die Reden, welche bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, und die Beziehungen Frankreichs zu Nordamerika ganz unberührt läßt. Diese Nähe nimmt ihm das „Pays“ ab, das heute dem General Schofield und Nordamerika einen langen Artikel widmet. Es leugnet davor nicht ganz, daß Schofield eine Mission in Paris habe, aber jedenfalls sei dieselbe ganz friedlicher Natur. — Der „Phare de la Loire“ hat eine Verwarnung erhalten, weil er gesagt, „daß in Amerika ein Mann gestorben, den man seiner Ehrlichkeit wegen aus Frankreich vertrieben habe.“

* London, 13. Dec. [Jamaica. Victor Hugo. Reform-Meeting. Uebergabe eines südstaatlichen Dampfers. Insurrection auf Haiti. Krieg auf Seeland. Pareja. Pezet.] Die amtliche „London Gazette“ macht bekannt, daß Sir Henry R. Storks (ehemaliger Statthalter von Korfu) zum einstweiligen Gouverneur und Commandeur der Truppen auf Jamaica, sowie zum Präsidenten der zur Untersuchung der dortigen Verhältnisse und Vorgänge zusammengelegten Commission ernannt wurde. — Die Ultras unter den Liberalen erklären sich jetzt schon mit den von Lord Russell gewählten Untersuchungs-Commissarien unzufrieden. Um den Vorwurf der Einseitigkeit zu vermeiden, hatte dieser einen Whig und einen Tory an die Spitze der Commission gestellt. Sir Edmund Head ist nämlich Whig und Sir Henry Storks Tory. Wegen letzteren protestirt nun die Manchester-Schule, obgleich, wenn sie billig wäre, sie einräumen müßte, daß die Regierung dadurch ihre Unparteilichkeit an den Tag zu legen beabsichtige. Sie nimmt ferner Anstand, daß die Regierung zwei Ex-Gouverneure mit dem Richter-Amt beauftragt habe (Sir Edmund Head war früher Gouverneur in Canada). Denn, so sagen sie, eine Kränke habe der anderen kein Auge aus, und die beiden genannten Herren würden Alles lieber thun, als den Herrn Collegen zu Schaden bringen. — Von Guernsey vernimmt man, daß Victor Hugo an einer schlimmen Augenkrankheit leidet, welche ihm nicht erlaubt, zu lesen oder zu schreiben. — In Halifax in Yorkshire ist ein Reform-Meeting gehalten worden, bei welchem Herr Stansfeld, der Vertreter des Ortes im Unterhause, eine Rede hielt und eine dringend um Vorlegung einer Reformbill bittende Petition an Earl Russell angenommen wurde. — Mit der afrikanischen Post trifft die Nachricht ein, daß der südstaatliche Dampfer